

Frage des Tages

Sollen Polizisten mit Bodycams ausgerüstet werden?

Gerüchten zufolge plant der Chef der Swatch Group, Nick Hayek, eine eigene Uhrenmesse in Zürich. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Sollen Polizisten mit Bodycams ausgerüstet werden?



Keine Lust auf eine Debatte

Ackermann und Engelberger wollen sich nicht zur Reduktion der Departemente äussern

Von Serkan Abrecht

Basel. Die Basler FDP hat eine Frage in die Runde geworfen, die vermutlich jeden Grossrat schon einmal beschäftigt hat: Brauchen wir überhaupt noch sieben Departemente? Durch die Auslagerung der Spitäler im Jahr 2011 hat das Gesundheitsdepartement (GD) viele Aufgaben und Kompetenzen verloren – seine Existenzberechtigung wird deshalb schon länger infrage gestellt. Das Präsidialdepartement hat nie wirklich viele Kompetenzen besessen und fungiert mehr oder weniger als Koordinator in der Verwaltung.

Während die Freisinnigen in Basel die Debatte zur Departementsreduktion ins Rollen bringen, läuft sie in der Stadt Zürich bereits auf Hochtouren. Am 23. September stimmt die Bevölkerung darüber ab, ob zwei von neun Direktionen gestrichen werden sollen. Vorreiter in der Debatte um die Departementszahl ist aber Bern. Dort hiess die Stadtberner Bevölkerung 2004 eine Verkleinerung der Exekutive von sieben auf fünf Mitglieder gut.

In der gestrigen Ausgabe des *Tagblatts der Stadt Zürich* betont der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried (Grüne Freie Liste) die entstandene Effizienz durch die Verkleinerung der Exekutive: «Aus heutiger Sicht macht die Fünferbesetzung Sinn, wir arbeiten gut zusammen. Die Gemeinderatssitzungen sind effizient, die Wege kurz. Das Arbeitspensum der Regierungsmitglieder ist hoch, aber zu bewältigen.» Mit der damaligen Reform nahm auch die Zahl der Verwaltungsangestellten in Bern markant ab. Ein Ziel, das die FDP Basel-Stadt ebenfalls anstrebt.

Staatschreiber vorgeschoben

Politiker aller Couleur äusserten sich deshalb in der *BaZ* vom Dienstag zum Vorschlag der Freisinnigen, die Departementszahl um zwei zu reduzieren. Die Regierungsräte Lukas Engelberger (CVP) und Elisabeth Ackermann (Grüne) wollen sich aber aus der Debatte heraushebeln. Die *BaZ* hat Lukas Engelberger folgende Fragen gestellt:

> Können Sie die momentanen, weitreichenden Kompetenzen Ihres Departements nennen, die seine weitere Existenz rechtfertigen?

> Selbstkritisch als Bürgerlicher reflektiert: Sehen Sie die Möglichkeit, die momentan beim GD angegliederten Abteilungen an andere Departemente zu verteilen?

> Was halten Sie vom Vorschlag, die Departementszahl zu reduzieren?

Elisabeth Ackermann erhielt ähnliche Fragen gestellt. Beide Regierungsräte weigerten sich jedoch,



Schweigende Magistraten. Engelberger (CVP) und Ackermann (Grüne) wollen nicht antworten. Fotos Nicole Port und Pino Covino

die Fragen zu beantworten. Ackermanns Mediensprecherin Melanie Imhof meldete sich gar nicht zurück. Engelbergers Sprecherin Anne Tschudin verwies auf den Vizestaatschreiber Marco Greiner, der für den Gesamtregierungsrat antworten werde. Das tat er wie folgt: «Der Regierungsrat hat die Zusammenlegung von Departementen bereits im Rahmen der Verwaltungsreorganisation 2009 sowie 2011 vor der Auslagerung der öffentlichen Spitäler intensiv diskutiert und verworfen. Diese Ausgangslage stellt sich heute unverändert dar.»

Dass dies keine Antwort auf die spezifischen Fragen ist, sei ihm bewusst. Ebenfalls, dass die Fragen nicht an den Gesamtregierungsrat, sondern an die jeweiligen Magistraten gerichtet waren. Auf erneutes Nachhaken der *BaZ* bei Anne Tschudin antwortete diese, dass Gesundheitsdirektor Engelberger die gestellten Fragen persönlich nicht beantworten möchte.

Dass die Vorsteher zweier Departemente, deren Existenzberechtigung momentan infrage gestellt wird, zur Debatte schweigen wollen, kann FDP-Parteipräsident Luca Urgease einigermaßen nachvollziehen: «Es ist wenig überraschend, dass sie nicht debattieren wollen. Sie möchten sich ja auch nicht selbst abschaffen. Die Regierung wird sich aber früher oder später sowieso mit unserem Vorschlag auseinandersetzen müssen, wenn wir unsere Motion einreichen.»

Kommentar

Ohne Daseinsberechtigung

Von Serkan Abrecht



Seit der letzten Verwaltungsreform vor acht Jahren wuchsen Basler Wirtschaft und Bevölkerung um rund fünf Prozent. Die Verwaltung schlägt aber oben aus: 16,5 Prozent ist sie seit 2009 gewachsen. Zu recht fertigen ist dieses enorme Wachstum genauso wenig wie die Aufrechterhaltung von sieben Departementen. So sind mit der damaligen Auslagerung der IWB und der Spitäler 7000 Vollzeitstellen und viele Kompetenzen und Aufgabenbereiche weggefallen. Der Versuch «Präsidialdepartement» ist gescheitert. Elisabeth Ackermann hat genauso wenig Kompetenzen wie Vorgänger Guy Morin und ihre Direktion ist lediglich eine personell hoch

dotierte Koordinationsschnittstelle. Und Lukas Engelberger muss seit der Spital-Auslagerung dafür sorgen, dass sein Staff überhaupt noch etwas zu tun bekommt. Das ist Beschäftigungstherapie auf Kosten des Steuerzahlers. An unserem so dynamischen Wirtschaftsstandort ist die Regierung erstaunlich strukturalistisch. Schon alt Regierungsrat Jörg Schild (FDP) bemängelte dies. In seiner Amtszeit setzte er sich für die Reduktion der Direktionen ein und beklagte sich: «Mein Anspruch wurde sehr schnell im Keim erstickt.» Wie seine Kollegen damals, versucht dies der heutige Regierungsrat erneut. Er scheint die Debatte mit einer Stellungnahme nicht weiter befeuern zu wollen. Versucht ihr auszuweichen. Sollten die Freisinnigen ihr Vorhaben aber konsequent durchziehen, müssen sich die Regierungsräte letztlich der Frage stellen: «Braucht es wirklich sieben von uns?» serkan.abrecht@baz.ch

Hallen verkaufen und mieten

Messe Schweiz prüft Varianten

Von Alessandra Paone

Basel. Für die Basler Messebetreiberin MCH Group war der vergangene Dienstag ein guter und gleichzeitig ein schlechter Tag. Gut, weil sie die neue Automobilmesse Grand Basel, die heute eröffnet wird, unter grossem Medienandrang präsentieren durfte. Schlecht, weil die Messe Schweiz einen weiteren Millionenverlust bekannt geben musste. Trotz messezuklischem Vorteil verdiente sie weniger als im Vorjahr. Die deutlich geschrumpfte Uhren- und Schmuckmesse Baselworld ist der Hauptgrund dafür. Für das Gesamtjahr geht MCH gar von einem Verlust in dreistelliger Millionenhöhe aus.

Gesucht sind nun Lösungen, um aus dieser Krisensituation herauszukommen und die Rentabilität zu sichern. Eine Möglichkeit wäre, alte, nicht hochwertige Hallen abzustossen, wie MCH-Verwaltungspräsident Ueli Vischer dem *Regionaljournal Basel* sagte. Auf Anfrage der *Basler Zeitung* bestätigte er, es sei eine Variante, die derzeit geprüft werde. Vischer könnte sich aber auch vorstellen, dass die Messe Schweiz Hallen verkauft, um sie dann im Mietverhältnis weiterzunutzen. Das sei im Ausland gang und gäbe, aber hier wohl eher unrealistisch.

Gerücht über Konkurrenzmesse

Für den Basler Wirtschaftsdirigent Christoph Brutschin ist die Entflechtung von Infrastruktur und eigenem Messebetrieb zwar ein mögliches Szenario, denkbar seien aber andere Massnahmen. Um welche es sich dabei handelt, wollte und konnte der Regierungsrat aber nicht sagen. Weil einerseits noch keine Entscheidung getroffen worden seien und andererseits Informationen zu Varianten, die im Verwaltungsrat diskutiert werden, allenfalls börsenrelevant sein könnten.

Der angekündigte Millionenverlust dürfte nicht die letzte schlechte Nachricht für die Basler Messebetreiberin MCH Group sein. Die *Handelszeitung* berichtete gestern, dass Nick Hayek eine Konkurrenz-Ausstellung zur Baselworld plane – und zwar in Zürich. Im Juli hatte der Swatch-Group-Chef bekannt gegeben, dass er seine Marken nicht mehr an der Basler Uhren- und Schmuckmesse ausstellen werde.

Die *Handelszeitung* stützt sich auf einen Beitrag des Westschweizer Journalisten Grégory Pons auf dessen Blog «Business Montres». Demnach soll die neue Ausstellung im Grieder-Haus an der Bahnhofstrasse stattfinden. Der MCH Group ist der Artikel bekannt. Sie hätten aber nichts Weiteres über eine Konkurrenzmesse gehört und wollten deshalb nicht dazu Stellung nehmen, sagt Sprecher Christian Jecker.

Alle vier Bildungsdirektoren verteidigen einheitliche Checks

Trotz breiter Kritik in den Nordwestschweizer Kantonen halten die Regierungen an den vierkantonalen Leistungsüberprüfungen fest

Von Thomas Dähler

Basel/Liestal/Aarau/Solothurn. Die Regierungen von Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau und Solothurn verteidigen die Leistungschecks in den Nordwestschweizer Schulen durch dick und dünn. Lehrerinnen und Lehrer, Politikerinnen und Politiker mögen noch so heftig Kritik üben: Die Bildungsdirektoren wollen an den Checks in der dritten, sechsten, achten und neunten Klasse festhalten.

Ein einziger Abstrich wurde bisher vorgenommen: Der Basler Erziehungsdirektor Conradin Cramer willigte ein, auf den Check S3 vor Schulaustritt künftig zu verzichten. Vom Tisch sind die Versuche, einzelne oder mehrere Checks abzuschaffen, noch nicht: In Basel-Stadt, Baselland und Solothurn müssen die Regierungen die Anliegen prüfen. Im Aargau scheiterte ein Vorstoss knapp, nachdem die Motionäre nicht bereit waren, den Vorstoss unverbindlich als Postulat zu überweisen.

Alle vier Schulchecks werden unterdessen in den Primarschulen und in der Sek aller vier Kantone der Nordwestschweiz flächendeckend durchgeführt. Sie dienen der Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler und ihrer Schulen und zeigen die individuellen Lernerfolge nach einheitlichen Standards auf.

Getestet werden die Kompetenzbereiche gemäss Lehrplan 21. Für die Durchführung zeichnet das Institut für Bildungsvaluation der Universität Zürich verantwortlich. Die jeweils veröffentlichten Fachergebnisse ermöglichen einen kantonalen Vergleich über die Leistungen. Geprüft wird in Mathematik und Deutsch, in den oberen Klassen auch in den Fremdsprachen und in Natur und Technik.

Reine Zeitverschwendung?

Kritisiert werden die Tests in allen vier Kantonen von den Lehrkräften. In Basel-Stadt haben sie das Erziehungsdepartement gemeinsam aufgefordert,

alle Tests abzuschaffen. Der VPOD Region Basel hat die Schulchecks scharf verurteilt. «Die Checks sind Zeitverschwendung und bringen keinerlei neue Erkenntnisse, denn letztlich bestätigen sie nur das, was man bereits weiss», schrieb der VPOD einst in einer Medienmitteilung. Verteidigt werden sie in allen Kantonen von Wirtschaft und Gewerbe. Insbesondere in den Sekundarschulen ermöglichen sie einen nützlichen Vergleich zwischen den individuellen Ergebnissen und den Anforderungsprofilen von Lehrstellen, unabhängig von Schulkategorie, Leistungszug, Lehrkraft und Kanton. Fachleute aus dem Gewerbe erklären sogar, die Schulchecks könnten die privatwirtschaftlich durchgeführten Basic- und Multi-Checks ersetzen.

In allen vier Kantonen ist inzwischen die Politik aktiv geworden. Im Kanton Basel-Stadt sind zwei überwiesene Vorstösse hängig, welche darauf abzielen, die Checks ersatzlos zu streichen. In Baselland ist ein überwiesenes Postulat

unbeantwortet, das eine Reduktion der Checks anpeilt. Ausserdem verlangt eine noch nicht behandelte Motion die Abschaffung des letzten Checks vor Schulaustritt. Im Kanton Solothurn wurde ein Auftrag überwiesen, der weniger Überprüfungen, Tests und Checks durchsetzen will. Im Aargau schliesslich drang eine Koalition von Grossräten aller Parteien mit dem Anliegen nicht durch, den Check vor Schulaustritt zu streichen; die Motionäre waren nicht dazu bereit, den Vorstoss in einen reinen Prüfungsauftrag umzuwandeln.

Auffallend ist dabei, dass die Regierungen in ihrer Verteidigungsstrategie stets auf den Bildungsraum Nordwestschweiz verweisen und den Nutzen im vierkantonalen Regierungsausschuss zuerst gemeinsam beurteilen wollen. «Dass verschiedene Arbeitsgruppen ein neu eingeführtes Instrument erst kennenlernen und den Nutzen erfahren müssen, ist ein normaler und erwarteter Entwicklungsprozess», schreibt etwa

das Aargauer Bildungsdepartement von Alex Hürzeler. Auch die Basellbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind verweist auf den «Entwicklungsprozess», der Zeit brauche.

An den Lehrplan 21 gebunden

Am deutlichsten ist das Erziehungsdepartement von Conradin Cramer in Basel-Stadt. Eine objektive Leistungseinschätzung sei unerlässlich, wenn die Leistungen nicht, wie in den Checks, unabhängig von Lehrer und Klasse erhoben würden. «An diese neue Perspektive müssen sich die Lehrpersonen erst gewöhnen.» Volle Wirkung würden die Checks ohnehin erst entfalten, wenn wirklich nach dem Lehrplan 21 und den geforderten Kompetenzen unterrichtet werde. Und der Solothurner Bildungsdirektor Remo Anli meint, die Schulen müssten wissen, wo die Schülerinnen und Schüler nach elf Jahren Volksschulbildung stehen. Die Checks seien für die Volksschule ein wichtiges Instrument zur Qualitätsentwicklung.